

Gutachten der „Chambre de commerce“

„Vorsichtig bleiben“

Die Handelskammer zeigt sich zufrieden darüber, dass der Staatshaushalt schneller als erwartet wieder im Gleichgewicht ist. Noch bleibe aber die Frage, wie dauerhaft die Stabilität dieses Gleichgewichts sei. Die Patronatskammer empfiehlt sicherheitshalber weitere Einsparungen, vor allem im sozialen Bereich.

Vor der Presse präsentierte gestern Direktor Pierre Gramegna die „zehn Gebote der Handelskammer“ zum Staatshaushalt 2008. Die Kammer zeigt sich erfreut darüber, dass der Staatshaushalt schneller als noch 2006 erwartet wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden kann. Auch wenn der Zentralstaat 2008 noch immer defizitär bleibt. Zudem sei keineswegs sicher, wie nachhaltig die Stabilisierung sei.

Nach Ansicht der Kammer sei diese Verbesserung der Situation nämlich zu einem großen Teil auf die florierende Konjunktur und nur zu einem kleinen Teil auf die strukturellen Reformen zurückzuführen, die im Rahmen der Tripartite beschlossen wurden.

Mit dem Einstieg in die Negativsteuer für Privathaushalte zeigt sich die Handelskammer in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt einverstanden. Bedauert wird allerdings, dass diesem 300-Millionen-Paket nur ein vergleichsweise kleines, wenngleich nicht genau zu evaluierendes zugunsten der Betriebe gegenübersteht. Das müsse spätestens mit dem Haushaltsgesetz 2009 nachgeholt werden.

Zufrieden zeigt sich Gramegna darüber, dass erste Gespräche



Foto: Pierre Matgé

Pierre Gramegna: „Wir stellen uns die Frage der Nachhaltigkeit der Budget-Stabilisierung“

mit der UEL („Union des entreprises luxembourgeoises“) über langfristige Steuermaßnahmen im Interesse der Betriebe bereits angelaufen sind.

In ihrem 10-Punkte-Programm zur dauerhaften Stabilisierung der Staatsfinanzen fordert die Handelskammer u.a. dazu auf, größere Rücklagen zu bilden. Der strukturelle Überschuss der öffentlichen Dienste müsse mindestens 1,5 Prozent des BIP betragen (derzeit sind es 0,7 Prozent). Die Speisung der Investitionsfonds müsse auf hohem Niveau gehalten werden. Ansonsten die wünschenswerten, hohen öffentlichen Investitionen langfristig nicht machbar seien.

Wie bereits in ihrem Gutachten

zum Staatshaushalt 2007 schlägt die Handelskammer auch für 2008 wieder Ausgabenkürzungen in Höhe von rund 200 Millionen Euro vor. Die beiden dicksten Brocken bilden dabei mit 74 bzw. 71 Millionen die vollständige Streichung der „Mammerent“ und des Elternurlaubs.

Nur 22 Millionen möchte die Handelskammer für Militärausgaben bereitstellen. (Im Entwurf stehen 49 Mio.). Auch die Beteiligung Luxemburgs an internationalen Friedensmissionen will man um 25 Prozent kürzen.

Und schließlich sollen die staatlichen Zuwendungen für Initiativen aus dem Bereich der Solidarwirtschaft von 37 auf 28 Mio. gekürzt werden.